

Nach dem Brexit verlor Grossbritannien die Kontrolle über die Migration. Droht der Schweiz dasselbe?

Folgen der 10-Millionen-Initiative «Take back control» war der Schlachtruf für den Brexit, doch danach explodierte die Zuwanderung im Vereinigten Königreich erst recht. Die SVP wehrt sich gegen einen Vergleich.

Adrian Schmid

Überall Chaos: auf dem Arbeitsmarkt, in den Beziehungen zu Europa, im Asylwesen. Die Gegner der 10-Millionen-Initiative rechnen mit dem Schlimmsten. «Mit einer Kündigung der Personenfreizügigkeit setzen wir den bilateralen Weg aufs Spiel», sagt SP-Fraktionschefin Samira Marti. Sie warnt vor Isolation, tieferen Löhnen, Stellenabbau und weniger Wohlstand. «Der Brexit zeigt, dass ein solcher Schritt auf allen Ebenen ein Chaos auslösen würde.»

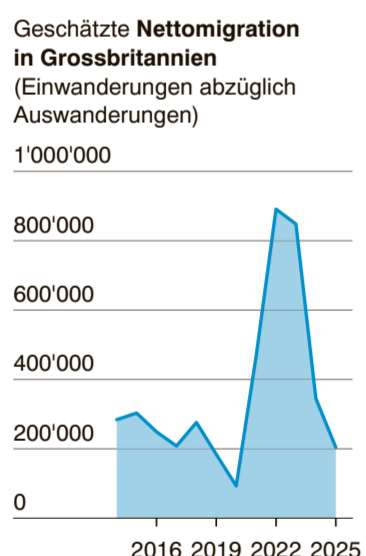
Bei einer Annahme der SVP-Initiative am 14. Juni müsste die Schweiz im Extremfall die EU-Personenfreizügigkeit kündigen – sollte die Bevölkerungszahl über 10 Millionen steigen. Grossbritannien hat mit dem Austritt aus der EU bereits ein ähnliches Szenario durchgespielt. Deshalb lohnt es sich, zu schauen, wie sich das Land seither entwickelt hat.

Billigarbeiter und Studierende strömen auf die Insel

Engen Prognosen nach dem Brexit wehrt sich wirtschaftlich noch politisch zusammengebrochen. Trotzdem kämpfen die Briten mit Problemen. Insbesondere die Steuerung der Migration hat durchaus chaotische Züge angenommen. Die Zuwanderung war ein Hauptmotiv

für den Brexit. Im Referendumsjahr 2016 erreichte die Nettomigration aus der EU ihren Höhepunkt. Es kamen vor allem Menschen aus Ost- und Südeuropa. Der Zustrom wurde als Belastung für den Arbeitsmarkt, die Infrastruktur und das Sozialsystem wahrgenommen. Mit der Beendigung der Personenfreizügigkeit sollte das Problem gelöst werden. «Take back control», lautete der Schlachtruf der Brexiters. Doch nach dem formellen EU-Austritt 2020 ist die Zuwanderung nicht gesunken – sondern

Rekordmigration nach dem Brexit



Grafik: ad / Quelle: Britisches Statistikamt

stark gestiegen. Plötzlich strömten Billigarbeiter und Studierende aus Drittstaaten wie Indien, Pakistan oder Nigeria auf die Insel. Zwei Jahre nach dem Brexit erreichte die Nettomigration mit rund 900'000 Menschen neue Rekordwerte.

Nach dem Brexit begann die Regierung, die Einwanderung über ein liberales Punktesystem zu steuern. Fähigkeiten waren nun wichtiger als die Herkunft. Zudem wurde die Vergabe von Arbeitsvisa für Pflegeberufe erleichtert. Ausländische Studierende durften nach dem Abschluss bleiben, um zu arbeiten. Darüber hinaus wurden in Tieflohnbereichen vermehrt Migranten eingestellt.

Plötzlich zu wenig Zuwanderung

Derweil verliessen viele EU-Bürger nach der Brexit-Abstimmung das Vereinigte Königreich aufgrund der damit verbundenen Unsicherheiten. Das Arbeiten auf der Insel verlor für sie ohnehin an Attraktivität, da das britische Pfund gegenüber dem Euro an Wert einbüsste.

Die Zahl der Asylgesuche stieg nach dem Brexit ebenfalls stark an. 2024 gab es einen neuen Rekord mit 104'000 Anträgen. Im letzten Jahr waren es nur leicht weniger. Selbst während der Flüchtlingswelle vor einem Jahrzehnt zählte das Land jährlich nur rund 30'000 Gesuche.



Grossbritannien kämpft bis heute mit den Folgen des EU-Austritts. Für diese Demonstrantin in London ist klar: «Der Brexit war es nicht wert.» (2022) Foto: Mike Kemp (Getty Images)

Ein Drittel der Asylsuchenden fährt mittlerweile in kleinen Booten über den Ärmelkanal, um auf die Insel zu gelangen. Grund dafür sind verschärfte Sicherheitsvorkehrungen an französischen Häfen und beim Eurotunnel.

Als Grossbritannien EU-Mitglied war, konnte es Asylsuchende relativ einfach in die EU zurückführen. Das ist jetzt komplizierter geworden, da das Land nicht mehr dem Dublin-System angehört. Dieses Szenario droht auch der Schweiz im Falle einer Kündigung der Personenfreizügigkeit.

Unterdessen hat die britische Regierung das Einwanderungsregime und etwa den Lohnschutz verschärft. Der Zustrom

wurde gebremst. In diesem Jahr rechnen die Experten noch mit einer Nettozuwanderung von rund 100'000 Menschen. Keir Starmer wird bereits als Premierminister gefeiert, der die Migration in den Griff bekommen hat.

Allerdings stellen sich jetzt ganz andere Probleme. Grossbritannien steuert nun Richtung Netto-null-Einwanderung. Gemäss Prognosen könnte dadurch die Bevölkerung von rund 69 Millionen Personen bis Ende Jahrzehnt um 1,5 Millionen schrumpfen. Experten warnen vor den Folgen: Weniger Einwanderung bedeutet weniger Fachkräfte, insbesondere auf dem Bau und im Gesundheitswesen. Das Wirtschaftswachstum

dürfte sinken, und der Staat wird sich einschränken müssen, weil die Steuereinnahmen zurückgehen.

Ein Akt der «Selbstbeschädigung»

Grossbritannien habe über Jahrzehnte von einer offenen Wirtschaft profitiert und mit Menschen aus dem Ausland Lücken auf dem Arbeitsmarkt gefüllt, sagt Jonathan Portes, Wirtschaftspräsident am Londoner King's College, dem «Guardian». Nun habe die Politik das Gegenteil bewirkt. Portes bezeichnet dies als einen Akt der «Selbstbeschädigung».

Trotzdem hat sich die britische Wirtschaft im letzten Jahr besser entwickelt als erwartet.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) legte um 1,3 Prozent zu. Deutschland und Frankreich schafften nicht annähernd ein solches Wachstum. Doch Grossbritannien hätte ohne Brexit vermutlich besser abgeschnitten. Forscher der Universität Stanford in Kalifornien schätzen, dass das britische BIP 2025 6 bis 8 Prozent höher ausgefallen wäre, wenn das Land in der EU geblieben wäre.

Der Handel mit der EU hat unter dem Brexit gelitten. Allein in der Landwirtschaft sind die Ausfuhr in EU-Staaten um 40 Prozent zurückgegangen. Der Anteil der britischen Exporte in die EU ist innerhalb eines Jahrzehnts von 45 auf 42 Prozent gesunken, wie Daten des Handelsministeriums zeigen.

Durch den Brexit verlor Grossbritannien den Zugang zum europäischen Binnenmarkt. 2021 trat ein neues Freihandelsabkommen in Kraft. Dieses sieht keine Zölle vor, dennoch wurden Handelsbarrieren errichtet. Das britische Finanzministerium geht davon aus, dass die Produktivität um 4 Prozent tiefer ausfällt, als wenn der Staat immer noch EU-Mitglied wäre. Das Minus bei den Importen und Exporten beziffert es auf 15 Prozent.

Schweizer BIP würde ohne Bilaterale I sinken

Der Brexit befeuert hierzulande die Debatte über die 10-Millionen-Initiative. «Das Beispiel zeigt, dass eine Kündigung der Personenfreizügigkeit grosse



In solchen kleinen Booten versuchen Migranten den Ärmelkanal zwischen Frankreich und Grossbritannien zu überqueren. Foto: Imago



2020 einigten sich EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen und der damalige Premier Johnson auf ein Brexit-Handelsabkommen. Foto: Imago



Kann die Schweiz von Grossbritannien lernen? Bundesrätin Karin Keller-Sutter trifft den britischen Premierminister Keir Starmer. Foto: AFP

Unsicherheiten bringt», sagt FDP-Ständerat Andrea Caroni. «Es kommen nicht automatisch weniger oder geeigneterer Personen.» Klar sei nur eines: «Es würde massiv komplizierter, die gesuchten Fachkräfte aus den EU-Staaten bei uns zu engagieren.»

Gemäss Bundesrat würden bei einer Kündigung der Personenfreizügigkeit auch die anderen Binnenmarktverträge wegfallen. Eine Modellrechnung des Büros Ecoplan im Auftrag des Bundes kommt zum Schluss, dass das Schweizer BIP ohne Bilaterale I bis ins Jahr 2045 um 5 Prozent sinken würde. Das jährliche Einkommen pro Kopf ginge um 2500 Franken zurück.

Ein neues Gutachten von Ökonomen im Auftrag der Unternehmervereinigung Autonomissie sieht es weniger dramatisch: Das niedrigere BIP sei den fehlenden Einkommen der Zugewanderten und Grenzgänger geschuldet. Pro Kopf der Wohnbevölkerung liege das BIP im Jahr 2045 «kaum niedriger», sagen die Autoren. Auch der Einkommensverlust werde überschätzt.

Rolf Weder, Professor für europäische Integration und Ausenwirtschaft an der Universität Basel, sagt: «Der Brexit zeigt, dass die Gesellschaft wie erwartet einen wirtschaftlichen Preis bezahlt.» Andererseits sei Grossbritannien jetzt politisch freier und könne vieles selbst bestimmen. «Das Problem ist, dass die neuen Freiheiten bisher zu wenig

genutzt wurden.» Die Briten hätten keine grossen Freihandelsabkommen mit neuen Partnern abgeschlossen und auch regulatorisch wenig optimiert.

Zudem fehle eine kohärente Strategie bei der Migration, sagt Weder. «Um Arbeitskräfte aus der EU zu rekrutieren, braucht es nicht zwingend die Personenfreizügigkeit.» Das könne die Schweiz auch selbst regeln. Der Brexit verdeutliche jedoch, dass die Zuwanderung auf eine «intelligente Art» gesteuert werden müsse.

«Personenfreizügigkeit ist ein Druckmittel»

SVP-Nationalrat Thomas Matter sagt nun, dass bei einer Annahme der 10-Millionen-Initiative gar nichts gekündigt werden müsse. Zuerst werde der Bundesrat ab einer Bevölkerung von 9,5 Millionen Menschen ergriffen müssen. «Die Personenfreizügigkeit ist ein Druckmittel, damit sich wirklich etwas ändert.» Die Initiative ziele primär auf die Sozialmigration, nicht auf die Arbeitsmigration. Von 10 Zugewanderten würden ohnehin nur 2,5 in der Privatwirtschaft landen.

Laut Matter kann die SVP-Initiative nicht mit dem Brexit verglichen. Im Gegensatz zu Grossbritannien sei die Schweiz nie EU-Mitglied gewesen und müsse auch nicht Tausende Verträge auflösen. Die Schwierigkeiten der Briten bei der Zuwanderung bezeichnet er als «innenpolitisches Problem».



Der Zürcher SVP-Nationalrat Thomas Matter machte gestern Stimmung für die SVP-Initiative. Foto: Gian Ehrenzeller (Keystone)

SVP erleidet herben Rückschlag – Peter Spuhler sagt Nein zu Bevölkerungsdeckel

Delegiertenversammlung Mit Gastauftritten versucht die Volkspartei, Unterstützung für ihre 10-Millionen-Initiative zu finden. Doch nun stellt sich eines ihrer Aushängeschilder gegen sie.

Es hätte besser laufen können für die SVP. Da sass man gemütlich in der Mehrzweckhalle in Maienfeld GR, Kaffee, Nussgipfel, hier und da auch ein Glas Wein. Präsident Marcel Dettling brachte die Delegierten in Stimmung für den Abstimmungskampf für die 10-Millionen-Initiative. Kriminalität, hohe Mieten, verstopfte Strassen: alles wegen der Zuwanderung.

Da platzte kurz vor Mittag die Nachricht in die Versammlung, dass der bekannte frühere SVP-Nationalrat Peter Spuhler die 10-Millionen-Initiative ablehnt. «Zu scharf, zu extrem, mit diesen Grenzwerten», sagte der Patron der Zugbauerin Stadler Rail in der Samstagrundschaubung von SRF. «Wir brauchen eine gewisse Zuwanderung.» Spuhler

redete zwar auch von «Dichtestress» im Land. Hängen blieb aber, dass eines der Aushängeschilder der Partei in einer Kernfrage die Gefolgschaft versagt.

Gäste geben keine Abstimmungsempfehlung

Es ist ein herber Dämpfer für die SVP in einem Schlüsselmoment. Die Kampagne steht erst am Anfang, der Abstimmungstermin ist mit dem 14. Juni noch weit weg. Doch der Partei muss es jetzt gelingen, eine möglichst breite Akzeptanz für ihre Volksinitiative zu schaffen. Die rund 30 Prozent der Stimmberechtigten, die sie immer unterstützen, reichen bei weitem nicht. Deshalb hat sich die Partei für den grün angehauchten Namen «Nachhaltigkeitsinitiative» entschieden, deshalb

ist das Logo der SVP auf den Wahlplakaten nur klein zu sehen. Nun wollte die SVP in Maienfeld mit zwei Gastrednern signalisieren, dass ihre Initiative über die eigenen Kreise hinausstrahlt. Der eine war Iwan Hächler, Kopf des Vereins Facts 4 Future. Mit ihm versucht die SVP, ein urbanes, akademisches und grün angehauchtes Publikum zu erreichen. Sein Verein hat jüngst eine auffällige Plakataktion gestartet. «Dichtestress?» steht dort zum Beispiel – und darunter, die Bevölkerung der Schweiz wachse 16-mal schneller als jene in Deutschland. Solche Grafiken präsentierte Hächler auch den Delegierten der SVP. Er illustrierte den Verlust von Landwirtschaftsland (–3% seit 2000), den Bau von Wohnungen

(+36%), die Zahl von Ärzten (+69%), Viel Wasser auf die Mühlen der Initianten, die Grafiken des Vereins in ihrem Argumentarium verwenden.

Der zweite Gast war der Thurgauer Mitte-Kantonsrat Josef Gemperle. Der Bauer beklagte den Verlust von Kulturland, zweimal die Fläche des Genesersee in 30 Jahren. Er hat ein grosses Bauprojekt in seiner Heimat bekämpft, am 8. März verlor er in einer Volksabstimmung. Nun rief er die SVP-Delegierten auf: «Helft bitte mit, Äcker zu schützen, ich bitte euch darum.» Auch das entspricht den Argumenten, mit denen die Partei unterwegs ist.

Allerdings wollte sich gestern weder Hächler noch Gemperle für die Initiative aussprechen. «Wir sind ein unabhängiger,

spendenfinanzierter Verein, der keine politischen Positionen bezieht oder bewertet», schreibt Hächler auf Anfrage. Für ein Gespräch stand er nicht zur Verfügung. Die Plakate beschreibt er als Teil einer Werbekampagne für die Plattform; der Verein habe dafür «nie eine projektbasierte Spende» von irgendeiner Seite erhalten.

Paul Accola ist die Initiative zu wenig radikal

Hächler pflegte vor einigen Jahren Kontakte zu Ecopop, dem Verein, der 2014 das Bevölkerungswachstum per Initiative begrenzen wollte. SVP-Doyen Christoph Blocher sagt, er habe eine Delegation des Vereins vor kurzem bei sich empfangen, um sich das Projekt vorstellen zu lassen.

Er habe aber kein Geld investiert – vielmehr habe er Hächler geraten, die Grafiken zu verkaufen, statt sie gratis zur Verfügung zu stellen.

Mitte-Bauer Gemperle sagte im Gespräch, er habe sich noch keine Meinung über die 10-Millionen-Initiative gebildet: «Als Bauer habe ich politisch eine gewisse Nähe zur SVP. Und ich sage sicher nicht einfach so Nein zur Initiative. Aber ich habe sie noch nicht genauer gelesen.» Mit der Ambivalenz ist Gemperle in seiner Partei bislang allein. Die Mitte beschloss gestern an ihrer Delegiertenversammlung in Zug mit 221 zu 1 Stimmen bei 8 Enthaltungen sehr deutlich die Nein-Parole. Der Schweizerische Bauernverband hat sich jüngst für Stimmfreigabe

entschieden, bisher hat sich kein kantonalen Ableger für die Initiative ausgesprochen. Der einzige Abweichter ist bislang der Thurgauer Gewerbeverband, der entgegen dem nationalen Dachverband die Ja-Parole beschlossen hat. Mit Peter Spuhler sagt nun aber einer der prominentesten Unternehmer im Thurgau Nein.

Die Delegierten der SVP Schweiz liessen sich in Maienfeld nicht beirren. Sie fassten mit 396 Ja-Stimmen die Ja-Parole. Gegenstimmen gab es keine. Verschiedene Delegierte ergriffen das Wort und kritisierten, die Schweiz werde zubetoniert, es gebe zu viele fremdsprachige Kinder in den Schulen, das Wachstum sei zu schnell. Sie erhielten lauten Applaus. Der frühere Skirennfahrer Paul Accola, dessen

Frau gerade für ein Regierungsamt in Graubünden kandidiert, sagte im Gespräch mit dieser Zeitung, die Initiative sei ihm sogar zu wenig radikal. «Für mich liegt die Grenze bei 5 Millionen», sagte er. «Alle, die nicht arbeiten, sollen gehen.»

Mehrere Delegierte warnten die SVP aber davor, zu angriffig aufzutreten. Im Rest der Bevölkerung seien Vorbehalte gegenüber der 10-Millionen-Initiative zu hören. Der Luzerner Beat Meister etwa riet der Partei, sich «auf die Wohnungsnot und den Verlust des ländlichen Raums» zu konzentrieren. «Kriminalität und Überfremdung» hingegen «würde ich in der kommenden Kampagne nicht hervorheben».

Fabian Fellmann